

19. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Klimaanpassungsgesetz umsetzen: Baumschulen stärken, Stadtgrün sichern

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, ein Förderprogramm für Baumschulen aufzulegen, um die im „BäumePlusGesetz“ verankerten Ziele zur Erhöhung des Stadtgrünanteils und zur Klimaanpassung logistisch und ökonomisch abzusichern.

Insbesondere soll der Senat:

1. langfristige Anbauverträge („Kontraktanzucht“) bei der öffentlichen Beschaffung massiv ausweiten. Damit soll den Baumschulen die nötige Planungssicherheit gegeben werden, um bereits heute die Bestände heranzuziehen, die für die Pflanzziele der kommenden 5 bis 10 Jahre benötigt werden.
2. gemeinsam mit dem Land Brandenburg sowie den zuständigen Kammern und Verbänden Programme fördern, die dem Fachkräftemangel im Garten- und Landschaftsbau entgegenwirken, um die Pflege und Pflanzung der durch das Klimaanpassungsgesetz geforderten Mehrbestände personell zu gewährleisten.
3. bei Ausschreibungen im Rahmen des Vergaberechts Kriterien stärken, die kurze Transportwege und eine klimaneutrale Logistik positiv bewerten, um die CO₂-Bilanz der Pflanzmaßnahmen zu optimieren und die regionale Wirtschaft in Berlin-Brandenburg zu stärken.

Der Senat wird zudem aufgefordert, die in Trägerschaft des Landes Berlin, der Bezirke oder nachgeordneter Einrichtungen angesiedelten Pflanz- und Pflegekapazitäten für Straßenbäume und -grün zu stärken und auszubauen. Dafür ist insbesondere die Machbarkeit der Einrichtung und Förderung einer zentralen Berliner Landesbaumschule zu prüfen.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. Dezember 2026 über die eingeleiteten Maßnahmen sowie die Prüfergebnisse zu berichten.

Begründung

Mit Inkrafttreten des BäumePlusGesetzes hat sich das Land Berlin ambitionierte Ziele gesetzt, um die Hauptstadt an die Folgen des Klimawandels anzupassen. Die Ausweitung des Baumbestandes ist eine zentrale Säule der Strategie zur Hitzeminderung, Luftreinhaltung und Stärkung der Biodiversität („Schwammstadt Berlin“).

Ein Gesetz allein pflanzt jedoch keine Bäume. Die Realisierung dieser Ziele droht an einem Engpass zu scheitern: der Verfügbarkeit von geeignetem Pflanzgut. Schon heute übersteigt die Nachfrage nach stadtklimafesten Baumarten (z. B. Zerr-Eiche, Silber-Linde) europaweit oft das Angebot.

Ohne eine gezielte Stärkung der regionalen Produktionskapazitäten drohen drei negative Konsequenzen:

- Verfehlung der gesetzlichen Pflanzziele aufgrund von Materialmangel,
- ökologische Nachteile durch den Import von Bäumen aus weit entfernten Regionen (hohe Transportemissionen, Stress für die Pflanzen, Risiko der Einschleppung von Schädlingen und Krankheiten),
- Kostensteigerungen durch die hohe Konkurrenz am Markt.

Die Berliner und Brandenburger Baumschulen sind kompetente Partner, benötigen jedoch aufgrund der langen Produktionszyklen von Bäumen (oft acht bis zwölf Jahre bis zur Pflanzreife als Straßenbaum) finanzielle Planungssicherheit und Kapital für Erweiterungen.

Eine Förderung, die gezielt auf diesen Bereich ausgerichtet ist, ist somit keine reine Subvention, sondern eine notwendige Infrastrukturinvestition in die Klimaresilienz unserer Stadt. Sie verbindet ökologische Notwendigkeit mit regionaler Wertschöpfung und sichert grüne Arbeitsplätze in der Metropolregion. Nur wenn die „Grüne Infrastruktur“ genauso strategisch geplant und gefördert wird wie die graue Infrastruktur, kann das BäumePlusGesetz seine Wirkung entfalten.

Um die Pflanzziele des Klimaanpassungsgesetzes realisieren zu können, kann sich Berlin bei der Beschaffung von Stadtgrün jedoch nicht ausschließlich auf den überlasteten freien Markt verlassen. Eine landeseigene Baumschule würde voraussichtlich die verlässliche und strategisch unabhängige Versorgung mit klimaresilienten ‚Zukunftsbäumen‘ stärken, wenn nicht garantieren, die bereits während ihrer Anzucht an das trockene Berliner Mikroklima akklimatisiert werden. Da diese Bäume unter Umständen lange wachsen müssen, bevor sie „straßentauglich“ sind, wäre der Aufbau eigener öffentlicher Produktionskapazitäten eine sinnvolle Investition in die klimatische Daseinsvorsorge unserer Stadt. Die Machbarkeitsprüfung ist deshalb ein weiterer logischer Schritt, damit die Lücke zwischen Zielvorgaben und Verfügbarkeit vitaler Straßenbäume geschlossen werden kann.

Berlin, den 09. Juni 2026

Jarasch Graf Lux
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen